

Beschluss Antrag 3Neu14:**KjG gegen Faschismus – Aus christlicher Überzeugung für Demokratie****Antragsteller*in: Bundesleitung**

5

Situationsbeschreibung

Extrem rechte und populistische Positionen und Handlungen kennzeichnet ihr Hass auf bestimmte Personengruppen und deren bewusste Ungleichbehandlung. Zu den betroffenen Gruppen gehören beispielsweise (aber nicht ausschließlich) Menschen mit internationaler Familiengeschichte, Frauen, queere Menschen, Jüd*innen und Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen. Rechte Akteur*innen aus besonders christlich geprägten Kulturräumen sind zudem häufig feindlich gegenüber Muslim*innen eingestellt.

Bedrohlich ist zudem, dass die extreme Rechte gezielt versucht, demokratische Strukturen und Institutionen zu zerstören. Dies beinhaltet unter anderem vermeintlich harmlose Demonstrationen, ebenso wie die Lähmung parlamentarischer Arbeit oder die Ablehnung des Rechtsstaates und zeigt sich am deutlichsten in der Planung gewaltvoller Umstürze mit Anschlägen auf gewählte Vertretungen und marginalisierte Gruppen.

Besorgniserregend ist, dass diese Strategien Wirkung entfalten und sich im Erstarken faschistischer Kräfte in Europa und weltweit zeigen. Menschenfeindliche Positionen werden gesellschaftsfähiger, Personen und Gruppierungen in Legislative, Exekutive und Judikative vertreten vermehrt extrem rechte und populistische Ideologien.

25 Positionierung

Als christlicher Jugendverband stellen wir uns konsequent gegen extrem rechte und populistische Positionen und Handlungen und setzen uns für eine vielfältige und demokratische Gesellschaft ein.

Wir lehnen jede Art von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ab und fördern in unserer Arbeit explizit marginalisierte Gruppen. Wir positionieren uns klar gegen Demokratiefeindlichkeit und Autoritarismus und bekennen uns zur Wahrung der Menschenrechte weltweit.

30

Als KjG stehen wir gemäß unserer Grundlagen und Ziele für eine demokratische, gleichberechtigte und solidarische Gesellschaft und Kirche ein und wenden uns gegen jede Art der Ausgrenzung und Unterdrückung von Menschen.[1] Damit drücken wir bereits seit unserer Gründung unsere Grundhaltung als antifaschistischer

5 Verband aus. Diese Grundhaltung geht einher mit unserem christlichen Glauben, aus dem heraus wir alle Menschen als Gottes+ Ebenbilder betrachten, sowie mit unserer demokratischen Grundüberzeugung, die die gleichberechtigte Teilhabe aller sowie die unveräußerliche Würde des Menschen beinhaltet.

Konsequenzen für unsere Arbeit

10 Die Bundeskonferenz 2022 hat Antifaschismus zu einem unserer Schwerpunktthemen bestimmt, mit dem wir uns intensiv auseinandersetzen. Dies tun wir auf verschiedenen Wegen:

- **Bildungsarbeit**

15 Wir nutzen unsere Bildungsarbeit, um die Gefahren aufzuzeigen, die von rechten Ideologien für unsere Gesellschaft ausgehen. Über unsere Social-Media-Kanäle klären wir über die extreme Rechte und ihr Denken und Handeln auf. Außerdem stellen wir auf diesem Weg verbündete Organisationen und deren Angebote vor. Darüber hinaus sensibilisieren wir über unsere Kanäle beispielsweise auch für bewusste und unbewusste Diskriminierungen im

20 alltäglichen Sprachgebrauch.

- **Vernetzung**

25 Um das Thema Antifaschismus auf allen Ebenen in der KjG zu verankern, schaffen wir ein innerverbandliches Netzwerk von Mitgliedern, die sich diesem Thema besonders annehmen wollen. Darüber hinaus machen wir unsere Mitglieder auf externe Vernetzungsangebote aufmerksam und vernetzen uns zur gegenseitigen Unterstützung mit anderen Organisationen, die antifaschistische Arbeit betreiben.

- **Position beziehen**

30 Wir beobachten rechte Vorfälle deutschland- und weltweit. Wir beziehen öffentlich klar Position gegen derartige Vorfälle, solidarisieren uns mit den Betroffenen und setzen uns nachdrücklich für Aufklärung und Aufarbeitung ein. Im kirchlichen Kontext nutzen wir unsere Kontakte, um auf die eindeutige Abgrenzung von rechten Akteur*innen hinzuwirken. Innerverbandlich und in unserem Dachverband BDJ haben wir bereits mehrere

35 Beschlüsse zu dieser Thematik gefasst, die wir hier noch einmal bekräftigen.[2]

- **Wir wählen! NICHT die AfD**

Mit der AfD ist eine rechtsextreme Partei einflussreich in der Politik vertreten. Für uns ist die Wahl oder Unterstützung dieser Partei nicht vereinbar mit unserer Grundüberzeugung als KjGler*innen und Christ*innen.[3] Die Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Partei wie der AfD sowie in ihr nahestehenden oder anderen rechtsextremen Organisationen ist mit der Mitgliedschaft in der KjG unvereinbar.

Forderungen an die Politik

Um unsere pluralistische und freiheitlich-demokratische Gesellschaft zu schützen und gegen Angriffe von rechts zu verteidigen, fordern wir von der Politik:

- **keine Finanzierung extrem rechter Parteien und Stiftungen**

Parteien und Stiftungen, die diskriminierende und demokratiefeindliche Grundüberzeugungen vertreten, dürfen nicht mit staatlichen Mitteln unterstützt werden. Das im Grundgesetz verankerte Prinzip der wehrhaften Demokratie muss umfassend genutzt werden, um unsere Demokratie gegen ihre Feind*innen zu schützen. Wir fordern die demokratischen Parteien auf, sich dafür einzusetzen, die staatlichen Zuwendungen an extrem rechte Parteien und Stiftungen zu begrenzen und einzustellen. Deshalb ist dafür Sorge zu tragen, dass ein entsprechender Gesetzesentwurf zur Förderung von politischen Stiftungen sobald wie möglich beschlossen wird.

- **umfassende Aufarbeitung von strukturellem Rassismus und Polizeigewalt**

In mehreren wissenschaftlichen Arbeiten konnte nachgewiesen werden, dass in staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen struktureller Rassismus existiert. Dieser führt zu alltäglicher Diskriminierung, zum Beispiel von migrantisch gelesenen Menschen. Aus diesem Grund kommt es immer wieder auch zu gewaltsamen Übergriffen durch Polizist*innen. Wir solidarisieren uns mit den Betroffenen von strukturellem Rassismus und Polizeigewalt. Wir fordern eine umfassende Aufarbeitung dieser Strukturen und Vorfälle.[4]

- **konsequente Verfolgung rechter Übergriffe und Gewalttaten**

Mit großer Sorge nehmen wir die steigenden Zahlen extrem rechter Übergriffe und Gewalttaten wahr. Ihnen liegen unterschiedliche Motivationen zugrunde (Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Antifeminismus[5] etc.). Die Vorfälle haben jedoch eine Gemeinsamkeit: Sie treffen Minderheiten, die wir als Gesellschaft besser schützen müssen. Wir fordern daher, diese Übergriffe und Gewalttaten, auch im Internet, konsequent zu verfolgen und ihnen präventiv entgegenzuwirken. Dazu gehört auch, sie nicht als Einzelfälle abzutun.

- 5 • **Verstetigung der Finanzierung von Projekten zur Demokratieförderung**
Es gibt viele gute zivilgesellschaftliche Projekte zur Demokratieförderung. Häufig stehen diese jedoch auf einer prekären finanziellen Grundlage und bekommen lediglich zeitlich befristete Projektfinanzierungen. Wir fordern, die Finanzierung dieser Projekte auf eine solide und langfristige Basis zu stellen. Dafür muss das von der Bundesregierung geplante Demokratiefördergesetz zügig beschlossen und umgesetzt werden. Auf eine „Extremismusklausel“, die die Projekte unter Generalverdacht stellt, muss dabei verzichtet werden.
- 10 • **Zurückdrängen extrem rechter und populistischer Positionen**
Extrem rechte und populistische Positionen verbreiten sich zunehmend in der politischen Debatte. Beispiele dafür sind die Auseinandersetzung um die europäische Abschottungspolitik gegen Migrant*innen oder Angriffe auf queere Lebenswelten. Wir fordern alle politischen Parteien auf, sich aktiv dafür einzusetzen, extreme und populistische Positionen aus ihren eigenen Strukturen und aus der Politik insgesamt zurückzudrängen.
- 15 • **Ende der Kriminalisierung von gewaltfrei agierenden Antifaschist*innen**
Wir nehmen war, dass die Repressionen gegenüber gewaltfreiem, antifaschistischem Aktivismus durch staatliche Institutionen deutlich zunehmen. Dies trägt maßgeblich dazu bei, dass Menschen durch Einschüchterung daran gehindert werden, ihre antifaschistische Grundhaltung klar zu benennen und aktiv zu werden. Wir fordern ein Ende von Repressionen gegenüber gewaltfrei agierenden Aktivist*innen und gegenüber deren Vernetzung. Es muss gefahrlose Möglichkeiten geben, weiterhin unsere Demokratie durch zivilgesellschaftliches Engagement zu schützen.
- 20
- 25

Forderungen an die katholische Kirche

Als katholischer Jugendverband fordern wir von der katholischen Kirche:

- 30 • **Reform und Aufarbeitung**
Die Strukturen der katholischen Kirche weisen zahlreiche diskriminierende Bestandteile auf, insbesondere im Hinblick auf Frauen- und Queerfeindlichkeit, aber auch im Hinblick auf strukturellen Rassismus, Antisemitismus und Antijudaismus. Wir fordern die Verantwortlichen in der Kirche auf, gegen diese Strukturen vorzugehen und sie zu reformieren.
- 35 Darüber hinaus muss bereits geschehenes Unrecht, auch aus dem Kontext der kolonialistischen Missionsarbeit, aufgearbeitet werden.

- **Stellung beziehen als moralische Instanz**

Die katholische Kirche hat als moralische Instanz einen großen Einfluss auf ihre Mitglieder und in die Gesellschaft und Politik hinein. Wir fordern die Verantwortlichen in der Kirche auf, aus der christlichen Überzeugung heraus klar Stellung gegen die extreme Rechte zu beziehen.

- **Distanzierung von Demonstrationen und Veranstaltungen, bei denen extrem rechte Aktivist*innen involviert sind**

Immer wieder nutzen extrem rechte Aktivist*innen Demonstrationen und Veranstaltungen, um in weiteren gesellschaftlichen Kreisen anschlussfähig zu werden. Dies geschieht auch bei religiös motivierten Veranstaltungen. Wir fordern von den Verantwortlichen in der Kirche, sich klar von Demonstrationen und Veranstaltungen zu distanzieren, bei denen extrem rechte Aktivist*innen beteiligt sind oder ohne Widerstand der Organisator*innen teilnehmen können. Hier gilt es deutlich zu machen, dass der christliche Glaube nicht für die Verbreitung rechter Ideologie missbraucht werden darf.

- **Verbindungen zwischen fundamentalistischen Christ*innen und der extremen Rechten benennen und bekämpfen**

In ihrem Kampf gegen unsere demokratische und pluralistische Gesellschaft und gegen liberale Christ*innen bilden fundamentalistische Christ*innen und Akteur*innen der extremen Rechten häufig enge Allianzen. Einige Akteur*innen sind Teil beider Milieus. Wir fordern von den Verantwortlichen in der Kirche, diese Problematik, neben Problemen mit fundamentalistischen Christ*innen an sich, klar zu benennen, sich von den beteiligten Akteur*innen zu distanzieren und sie nach Möglichkeit aus den kirchlichen Strukturen auszuschließen.

Wir setzen uns nachdrücklich ein für eine Gesellschaft und für eine Kirche frei von Diskriminierung. Wir kämpfen gegen rechte Ideologien und Handlungen. Wir sind ein antifaschistischer Verband.

[1]Grundlagen und Ziele der KjG

[2]"Solidarität statt Menschenfeindlichkeit – Aufstehen für ein weltoffenes Miteinander" - Beschluss der Bundeskonferenz 2016; "Nie gegen unser Gewissen! Gegen die Vereinnahmung des christlichen Menschenbildes durch den Rechtspopulismus" - Beschluss des Frühjahrs-Bundesrats 2017; "Wir widersprechen, weil wir glauben!" - Beschluss der BDKJ-Hauptversammlungen 2016 und 2020

[3]"Wir wählen! NICHT die AfD" - Beschluss der Bundeskonferenz 2021

[4] "Kampf gegen Rassismus - Solidarität mit Black and People of Color!" -
Beschluss der Bundeskonferenz 2020

[5] "Frauen*hass im Netz ist real – Gewalt gegen Frauen* endlich beenden" -
Beschluss der BDKJ-Bundesfrauenkonferenz 2021

5

Angenommen.